

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 1/2012

1. [EDITORIAL](#)
 - Lothar Harles, Vorsitzender bap
2. [„ES IST NOCH LANGE NICHT ZUENDE“](#)
 - Interview mit dem Ägyptischen Blogger und Filmemacher Philip Rizk
3. [RECHTSEXTREMISMUS – HANDLUNGSDRUCK AUF POLITIK WÄCHST](#)
 - Nachklapp zum Spitzengespräch mit BMFSFJ und BMI
4. [BUNDESKONGRESS POLITISCHE BILDUNG UND AKTIONSTAGE IM MAI](#)
 - „Partizipation“ als zentrales Leitmotiv
5. [BAP MITGLIED IN „ALLIANZ FÜR BILDUNG“](#)
 - Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlicher Zukunft aufbrechen
6. [JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG](#)
 - Thema 1/2012: Risikogesellschaft
7. [AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN](#)
 - Thema u.a. Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus, Enquete-Kommission
8. [TERMINE UND HINWEISE](#)
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Gestalten – nicht verwalten

Liebe Leserinnen und Leser,

Ende Januar fand in Berlin das Spitzengespräch zum Thema Rechtsextremismus statt. Eingeladen hatten Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich. In meiner Funktion als Vorsitzender des Bundesausschuss Politische Bildung habe ich an diesem Treffen teilgenommen, der bap-Vorstand hatte im Vorfeld eine Erklärung abgegeben (siehe Punkt 3). Trotz reger Diskussion und konstruktivem Austausch bleibt am Ende die Frage, in wie weit seitens der beiden Ministerin eine echte Beteiligung der eingeladenen Träger und Experten tatsächlich gewünscht war und ist. Zwei Beispiele seien genannt.

Erstens: Demokratieklause. Trotz deutlicher und sachlich begründeter Einwände seitens der Träger hält die Bundesfamilienministerin an der Demokratieerklärung für Träger weiterhin fest. Zweitens: Kompetenzzentrum Rechtsextremismus. Auch hier halten die Minister bislang an ihrem Vorhaben der Gründung eines „staatlichen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus“ fest – und das, obwohl seitens der Trägerorganisationen sowohl Expertise wie auch belastbare Strukturen vorhanden sind. Der Bundesausschuss hat hier gemeinsam mit der GEMINI einen Vorschlag für die Umsetzung erarbeitet und dem BMFSFJ vorgelegt, wie ein solches Kompetenzzentrum durch die Träger gestaltet werden kann. Für uns ist das ein wichtiges Signal aus der politischen Bildung: Wir wollen gestalten – nicht verwalten.

Um „Gestalten“ geht es auch beim Bundeskongress Politische Bildung, der vom 23. bis 25. Mai in Berlin stattfindet. Hier sind alle Teilnehmenden als Gestalterinnen und Gestalter gefragt, denn sie können über Inhalt und Ausgestaltung einzelner Workshops mitbestimmen. Der Bundeskongress bildet den Abschluss der traditionellen Aktionstage politische Bildung die bundesweit vom 5. bis 23. Mai stattfinden. Mehr Informationen finden Sie unter Punkt 4 in diesem Newsletter.

Ich freue mich auf Ihre Beteiligung und Ihre Beiträge zum Thema Partizipation.

Auch Finanzfragen beschäftigen die Träger der Politischen Bildung. Die Förderung aus dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bleibt erfreulicherweise auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Die von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) geförderten Träger haben aber in diesem Jahr eine weitere erhebliche Kürzung zu verkraften. Ich hoffe, dass es dem bap gelingt, in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2013 zu einer Trendwende zu kommen.

Lothar Harles
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

2. „ES IST NOCH LANGE NICHT ZUENDE“

Interview mit Ägyptischen Filmemacher und Blogger Philip Rizk

Am 28. Januar 2012 jährte sich erstmals der „Freitag des Zorns“, an dem Hunderttausende von Ägyptern gegen das Mubarak-Regime protestiert haben. Philip Rizk ist Blogger und Filmemacher in Ägypten und war bei den Demonstrationen dabei. Während eines Deutschlandaufenthalts sprach er mit dem bap über Veränderungen in seinem Land, seine eigene Rolle bei den Protesten und die Bedeutung von Internet und Sozialen Netzwerken bei den Demonstrationen.

Herr Rizk, in Berichten über die Veränderungen in Ägypten hört man verschiedene Begriffe: „Arabischer Frühling“, „Demokratischer Wandel“, „Arabellion“ – welchen Begriff würden Sie verwenden, um die Veränderungen zu beschreiben?

Ich spreche sehr gerne von einer „Intifada“ – das ist dem sehr ähnlich, was in Palästina passiert ist: Die Leute sind aufgestanden und haben angefangen zu demonstrieren. Das ist kein kurzfristiger Prozess, der einen genauen Anfang und ein Ende hat. Meiner Meinung nach hat es schon im Jahr 2000 angefangen, dass sich in den Straßen von Ägypten etwas getan hat. Ab 2006 ging es wirklich mit Arbeiterstreiks los: 24.000 Arbeiter haben gestreikt, so etwas hatte es 20 Jahre lang nicht gegeben. All diese Dinge haben dazu geführt, dass es 2011 zu den Demonstrationen kam.

Die Medien sprechen auch von einer „Facebook-Revolution“: Waren das Internet und die sozialen Netzwerke wirklich ausschlaggebend für die Proteste oder ist das eher ein Mythos?

Sie haben natürlich eine Rolle gespielt. Im Internet kann man viel mehr sagen als in den „normalen“ Medien. Aber ich würde nicht sagen, dass sie die zentrale Rolle gespielt haben. Darum habe ich ein Problem mit den beiden Worten „Facebook“ und „Revolution“ – es ist nicht wirklich eine Revolution, die vollendet ist. Es ist eine Revolution, die immer noch weiter geht, weil die Leute immer noch demonstrieren und ihr Land weiterhin verändern. Es gibt eine große Anzahl von Ägyptern, die Facebook benutzen, darüber kommunizieren und ihre Meinung äußern. Aber das ist eine viel kleinere Zahl als die, die ab dem 28. Januar 2011 auf der Straße waren und den Tahrir-Platz und mehrere andere Plätze in Ägypten besetzt hielten.

Wie hat die Mobilisierung dann funktioniert?

Am 25. Januar gingen in einem ärmeren Viertel von Kairo Leute durch die Straße, die politisch engagiert waren. Sie haben dazu aufgerufen, am 28. Januar mitzumachen. Am Tahrir-Platz war dann eine viel größere Masse, die zum Großteil vorher gar nicht politisch aktiv war, die aber einfach diesen Moment ausgenutzt hat, zusammen „Nein“ zu sagen. Und dazu kam ziemlich stark der Einfluss aus Tunesien, wo die Leute auch auf die Straße gegangen sind. Das hat ein bisschen am Stolz gekratzt und viele Ägypter haben gesagt: „Wir hätten anfangen sollen, nicht die Tunesier.“ Es sind viele menschliche Aspekte dabei, die eigentlich gar nichts damit zu tun haben.

Sie sind Blogger und Filmemacher. Sie kommunizieren und verbreiten das, was Sie selbst bei den Protesten erleben. Wie würden Sie selbst Ihre Rolle beschreiben?

Ich habe natürlich den Luxus, dass ich filmen kann. Und ich bin dabei, ich bin Demonstrant, ich mache da aktiv mit. Ich bin ganz sicher kein Journalist, der Abstand nimmt und darüber berichten will. Ich mache mit und versuche „von innen“ das, was ich sehe zu dokumentieren und weiterzugeben. Das ist eine sehr wichtige Rolle, solche Filme und Informationen in Ägypten weiterzugeben, weil die offiziellen Medien das nicht tun. Im Internet passiert das natürlich, weil es einfach ist, aber wir versuchen auch, die Filme auf der Straße zu zeigen und zum Beispiel von Handy zu Handy weiterzuleiten, um nicht vom Internet eingeschränkt zu sein.

Ich arbeite in Ägypten mit einer Filmkollektive zusammen, die Mosireen heißt und eine eigene Website hat. Es helfen uns Leute, die Filme mit Untertiteln zu versehen. Die werden dann auch im Ausland per E-Mail verbreitet. So gibt es diese Videos und Informationen auch in anderen Sprachen.

Wie geht es für Sie jetzt in den nächsten Wochen und Monaten weiter?

Genauso wie in den vorigen Monaten. Leute werden geschult, ich bin aktiv bei den Protesten dabei und filme. Wir erwarten, dass es weitergeht. Es ist noch lange nicht zu Ende.

Philip Rizk ist Filmemacher und Blogger in Kairo. Nach dem Besuch einer deutschen Schule in Kairo studierte er in Deutschland sowie in den USA. Nach einigen Jahren in Palästina kehrte er 2007 nach Kairo zurück und beteiligt sich seitdem aktiv an den Demonstrationen. In seinem [Blog](http://tabulagaza.blogspot.com/) (<http://tabulagaza.blogspot.com/>) sowie dem [Youtube-Kanal](#) der Filmkollektive Mosireen berichtet er über die aktuellen Ereignisse in Kairo und speziell auf dem Tahrir-Platz. Rizk besitzt die ägyptische und die deutsche Staatsangehörigkeit.

[zur Übersicht](#)

3. RECHTSEXTREMISMUS – HANDLUNGSDRUCK AUF POLITIK WÄCHST

Nachklapp zum Spitzentreffen mit BMFSFJ und BMI

Am 24. Januar fand auf Einladung von Bundesministerin Dr. Kristina Schröder und Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich ein Spitzengespräch mit ca. 20 Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft statt, an dem auch Lothar Harles in seiner Funktion als bap-Vorsitzender teilgenommen hat. Zwar wurden keine konkreten Vereinbarungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft getroffen, aber dafür wurde deutlich: der Handlungsdruck auf die Regierung wächst.

Von den Beteiligten wurden neben Problemanzeigen und –analysen eine Fülle von Beispielen benannt, die belegen, dass schon vieles unternommen wird, den negativen Entwicklungen entgegenzutreten. Harles verwies auf die zahlreichen Aktivitäten des bap und seiner Mitgliedsorganisationen und forderte eine stärkere politische Kenntnisnahme der Leistungsmöglichkeiten der politischen Bildung und die Unterstützung ihrer Infrastruktur.

Zahlreiche Teilnehmende kritisierten erneut die sog. Extremismusklausel des BMFSFJ, die als Hindernis für das Engagement vieler Gruppen bezeichnet wurde. Dieser Appell blieb erfolglos. In der abschließenden Stellungnahme machte Bundesministerin Dr. Schröder deutlich, dass sie davon nicht abgehen werde. Ebenfalls auf Kritik stießen die Fördermodalitäten. Diese führen dazu, dass nach dem Auslaufen der jeweiligen Förderung (spätestens nach drei Jahren) an anderer Stelle neu begonnen werden müsse. Im Hinblick auf die Sicherung der Nachhaltigkeit der Projekte und die weitere Nutzung des erworbenen Knowhow sei dieses Verfahren nicht akzeptabel und müsse dringend geändert werden. In den Abschlussstatements ließen beide Minister erkennen, dass sie keine Mög-

lichkeit sähen, an der befristeten (Modell-) Projektförderung etwas zu ändern. Die Bundeshaushaltsordnung und die Bundeszuständigkeiten ließen keine andere Regelung zu.

Auch die Absicht des BMFSFJ, ein Kompetenzzentrum gegen den Rechtsextremismus (zur Sicherung des Transfers von Projektergebnissen) einzurichten und mit 2 Mio. Euro jährlich zu betreiben, sahen viele der Anwesenden kritisch. Wenn überhaupt, dann sollten damit die Träger aus der Infrastruktur der politischen Bildung betraut werden.

Allen Beiträgen war gemeinsam, dass die Reaktion auf den Rechtsextremismus als eine Daueraufgabe unserer Gesellschaft verstanden wird. Zu Recht wird die Situation so eingeschätzt, dass vom Erfolg dieser Bemühungen auch die Zukunft unserer Demokratie abhängt. Gefragt sind daher aktive Bürgerinnen und Bürger und eine aktive Zivilgesellschaft. Diese Erkenntnis ist auch bei der Politik angekommen. Der vorhandene Handlungsdruck sollte als Chance für weitere Forderungen aus der Zivilgesellschaft genutzt werden. Wichtig ist, dass die Träger, wenngleich sie sich im Wettbewerb um weniger werdende Fördermittel befinden, gemeinsam politischen Druck im Hinblick auf weitere Maßnahmen aufbauen.

Mitwirkung am Kompetenzzentrum angeboten

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) verfolgt als bundesweit tätiger Trägerverbund von seiner originären Aufgabenstellung als zentrale Aufgabe die Demokratieförderung durch politische Bildung. Er ist bereit, an den Aufgaben eines staatlichen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus im Sinne einer „Servicestelle Demokratiekompetenz“ mitzuwirken. Er ist auch bereit, die Trägerschaft zu übernehmen und bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe mit allen erforderlichen Trägerbereichen zu kooperieren und hat einen entsprechenden Vorschlag beim BMFSFJ vorgelegt.

Erklärung des bap-Vorstands

Der bap-Vorstand hatte im Vorfeld des Spitzengesprächs eine Erklärung abgegeben. Darin heißt es unter anderem:

„Die im bap organisierten Träger politischer Bildung wenden sich in ihrer Arbeit gegen jede Form von Extremismus. Die Angebote gehen zeitnah auf aktuelle Ereignisse ein und reagieren auf die Herausforderungen, die sich aus extremistischen Erscheinungen ergeben“, erläuterte Lothar Harles. „Interessierte werden nicht nur von der Notwendigkeit der freiheitlich-demokratischen Staatsform überzeugt, sondern bekommen auch das Rüstzeug vermittelt, sich aktiv für deren Erhalt zu engagieren. Um ihre Verantwortung wahrnehmen zu können, bedürfen die Träger auch Unterstützung von staatlicher Seite.“

[zur Übersicht](#)

4. BUNDESKONGRESS POLITISCHE BILDUNG UND AKTIONSTAGE IM MAI

„Partizipation“ als zentrales Leitmotiv

Welches Verhältnis haben die Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie? Welche Rolle spielt die politische Bildung in diesem Zusammenhang? Und welchen Stellenwert messen ihr die politischen Entscheidungsträger und –trägerinnen bei?

Diese und weitere Fragen stehen im Zentrum des 12. Bundeskongresses Politische Bildung, der unter dem Motto „Zeitalter der Partizipation – Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?“ vom 21. bis 23. Mai in Berlin stattfindet.

Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) und der Bundesausschuss Politische Bildung (bap). Zentrales Anliegen des Kongresses ist es, die Prinzipien der demokratischen Kultur und neue Formen der Beteiligung

zu diskutieren. Die Themen reichen von Demokratie 2.0 über E-Partizipation bis hin zu „Startbedingungen“ für lebenslange Partizipation und Fragen rund um Inklusion und Exklusion. Den Einführungsvortrag hält Colin Crouch, Soziologe und Politikwissenschaftler an der Warwick Business School in England. Er stellt sich der Frage ob „neue Formen der Partizipation ein Markenzeichen der Postdemokratie“ sind.

Der Bundeskongress Politische Bildung bietet eine Plattform für Interessenten aus ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen, Gruppierungen und Organisationen. Politiker und Politikerinnen treffen dabei auf Bürgerinnen und Bürger, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen diskutieren mit Aktivistinnen und Aktivisten, Praktiker aus schulischer und außerschulischer Bildung tauschen sich mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wissenschaft aus.

Sie sind gefragt!

Partizipation ist Thema und Programm. Sie haben die Möglichkeit, Kongressmodule mitzugestalten, eigene Angebote für die Teilnehmenden vorzuschlagen und diese mit anderen zu diskutieren. Die [Plattform](#) bietet alle notwendigen Informationen zur Programmentwicklung, zu virtuellen Events im Vorfeld des Kongresses und zu den Beteiligungsmöglichkeiten. Ein RSS-Feed informiert regelmäßig über die Fortentwicklung des Kongressprogramms.

Wiki zum 12. Bundeskongress Politische Bildung

Auf www.bundeskongress-partizipation.de finden Sie ab sofort ein interaktives Programm-Wiki, in dem Sie eigene Beiträge schreiben, Workshops anbieten und mit anderen Interessierten ins Gespräch kommen können. Zudem enthält die Plattform alle notwendigen Informationen zum Programm, neueste Erkenntnisse zum Thema Partizipation und Statements der Referenten und Referentinnen des Bundeskongresses.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.bundeskongress-partizipation.de

[zur Übersicht](#)

5. BAP MITGLIED IN „ALLIANZ FÜR BILDUNG“

Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlicher Zukunft aufbrechen

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ist der Allianz für Bildung beigetreten, einem Zusammenschluss von zahlreichen Verbänden, Initiativen und Stiftungen und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Ziel ist es, den Aufbau von Bündnissen für Bildung zu unterstützen, vorhandene Initiativen zu vernetzen und fachliche Expertise zu vermitteln.

Die Allianz für Bildung ist dabei die Grundlage für eine gesellschaftliche Bewegung, die allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft gute Startchancen für ihren Bildungsweg und die bestmögliche Förderung bieten soll. Deshalb führt sie interessierte staatliche, private und zivilgesellschaftliche Kräfte in Deutschland zusammen.

Sie wurde von Bundesbildungsministerin Prof. Dr. Annette Schavan gemeinsam mit einer Reihe zivilgesellschaftlicher Akteure am 22. Februar 2011 im Rahmen der Eröffnung der Bildungsmesse didacta in Stuttgart ins Leben gerufen. Die Mitglieder haben ihren Beitrag für den Einsatz gegen Bildungsarmut und Bildungsgerechtigkeit schriftlich niedergelegt.

Durch die Mitgliedschaft in der Allianz wird auch der bap für die wichtige Aufgabe eintreten: die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die ihren Bildungsweg unter ungünstigen Bedingungen beginnen. Ziel ist es, den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und persönlicher Zukunft aufzubrechen.

Mehr über die Allianz für Bildung unter <http://www.bmbf.de/de/15799.php>

6. JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Thema 1/2012 Risikogesellschaft

Kürzlich erschien die erste Ausgabe 2012 des Journals für Politische Bildung. Lesen Sie hier das Editorial von Chefredakteur Johannes Schillo.

Editorial

Die „Risikogesellschaft“, mit Ulrich Becks Veröffentlichung von 1986 bekannt geworden, stellt seit dem Ende des 20. Jahrhunderts eine alarmierende Zeit- und Gesellschaftsdiagnose dar, die gerade auch die politische Bildung in vielfältiger Weise beschäftigte und noch beschäftigt. Heute, 25 Jahre später, hat sich das Bewusstsein gesellschaftlicher Risiken verbreitet, stellt gewissermaßen einen Gemeinplatz des politischen Lebens dar. Die Krisenbewältigung, die Eindämmung ökonomischer, ökologischer oder sozialer Risiken, rangiert auf der politischen Agenda ganz oben. Gefährdungen und Unsicherheiten fordern die Politik heraus, und die Sicherheitspolitik geht, spätestens seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts und der allseitigen Konstatierung asymmetrischer Konfliktlagen, von einem erweiterten Verständnis aus, das Risiken nicht mehr nur in einem engen nationalstaatlichen Rahmen der Landesverteidigung identifiziert.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Heftes heißt „Risiken leben“ und will der politischen Entwicklung und der fachlichen Debatte in Sachen Risikogesellschaft Rechnung tragen. Er greift dazu verschiedene Politikfelder auf und diskutiert die aktuellen Konfliktpotenziale: Umwelt und Technologie, Wirtschaft und Soziales, Krieg und Frieden. Zugleich widmet er sich den Chancen und Schwierigkeiten der außerschulischen, „non-formalen“ politischen Bildung, die seit ihrer Institutionalisierung in der Bundesrepublik in besonderer Weise als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen und als Experimentierort für politische Zukunftsentwürfe fungiert. „Risiken leben“ heißt für sie nicht das Hinnehmen globaler Trends im Sinne einer Zuschauerdemokratie, sondern die Aufforderung, sich aktiv in die Prozesse einzumischen, die das eigene Leben bestimmen.

Eröffnet wird der Schwerpunkt mit einem Beitrag des Pädagogik-Professors Benno Hafener (Universität Marburg), der den erziehungswissenschaftlichen Kontext umreißt. Das Stichwort „Risiko“ führt nämlich nicht nur aufs politische Feld, sondern zu zentralen Kategorien der pädagogischen Tradition. Dr. Wolfgang Beer (Evangelische Akademien Deutschland) bilanziert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt der letzten 25 Jahre samt den einschlägigen Risikopotenzialen. Politik-Professor Christoph Butterwege (Universität Köln) thematisiert den gegenwärtigen „Risikokapitalismus“ und seine sozialen Folgen. Er zieht dazu eine sozialpolitische Halbzeitbilanz der schwarzgelben Koalition und diskutiert Konsequenzen für die Bildungsarbeit. Dr. Hans-Joachim Reeb (Helmut-Schmidt-Universität Hamburg) befasst sich mit Sicherheitspolitik als zentralem Gegenstand der politischen Bildung. Er begründet den Paradigmenwechsel, der von der Friedenspädagogik des 20. Jahrhunderts zu einem erweiterten Sicherheitsverständnis führt. Abschließend resümiert Johannes Schillo (Redaktion Journal) die politische und politikwissenschaftliche Debatte über „Demokratie-Risiken“.

Die bildungsgeschichtliche Reflexion spielt im non-formalen Bereich zunehmend eine Rolle. Sie dient der Vergewisserung des heutigen Standorts und zugleich der Klärung der eigenen Leistungsfähigkeit. Die Deutschlandpolitik aus der Zeit des Ost-West-Gegensatzes und die dazu gehörige Bildungsarbeit haben in diesem Sinne Ende 2011 Fachtagungen beschäftigt. Vinzenz Bosse bilanziert unter der Rubrik QuerDenken Konsequenzen solcher Reflexionen. Martin Kaiser berichtet unter ÜberGrenzen von einer aufwändigen internationalen Begegnung, die sich mit dem „arabischen Frühling“ befasste und die die Risiken von Demokratisierungsprozessen deutlich werden ließ.

Die weiteren Rubriken enthalten Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. Unter AugenMerk findet man auch die Kontaktadressen von bap und bpb. Alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte,

Veranstaltungen u.a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Weitere Heftplanung:

Heft 2/12 Generationen lernen (gemeinsam) Politik
Heft 3/12 Neue Formate
Heft 4/12 Gesellschaft gemeinsam gestalten

Bezugsbedingungen

„Journal für politische Bildung“ erscheint vierteljährlich. Das Jahresabonnement kostet EUR 56,00, das Einzelheft EUR 16,80, jeweils zuzüglich Versandkosten. Verlag und Bezugsadresse: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Tel.: 06196/84010, Fax: 0 61 96 /86065, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de, journal@wochenschau-verlag.de

[zur Übersicht](#)

7. AUS PARLAMENT UND AUSSCHÜSSEN

Themen u.a. Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus, Enquête-Kommission

Experten: Internet hat nur eingeschränkte Wirkung auf politische Teilhabe
Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (Anhörung)

Das Internet hat in Bezug auf die politische Partizipation bisher nur eingeschränkt seine Wirkung entwickelt. Diese Ansicht vertrat die Mehrheit der Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zum Thema „Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“ am Montagnachmittag. Nach wie vor machten knapp 50 Prozent der Deutschen „einen weiten Bogen um jegliche politische Kommunikation“, sagte der Medienwissenschaftler Professor Gerhard Vowe von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zwar habe sich das Internet als Informationsmedium etabliert, doch werde es als Medium aktiver politischer Partizipation nur von einer kleinen Anzahl der Internetnutzer genutzt, urteilte der Politikwissenschaftler Markus Linden von der Universität Trier. Professor Christoph Neuberger von der Ludwig-Maximilians-Universität München machte auf eine mögliche digitale Spaltung aufmerksam. Es bestehe die Gefahr, dass „die üblichen Verdächtigen“ sich das Medium zu Eigen machten, sagte er.

Den vollständigen Bericht finden Sie unter:

http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_03/2012_140/02.html

Quelle: hib Nr. 140, Mo, 19. März 2012

104 Menschen infolge politisch motivierter Straftaten im Januar 2012 verletzt

Im Januar dieses Jahres sind in Deutschland 104 Menschen infolge politisch motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (17/8963) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion (17/8708) hervor. Bis zum 28. Februar sind danach dem Bundeskriminalamt (BKA) für Januar 2012 insgesamt 1.597 solcher Straftaten gemeldet worden, darunter 136 Gewalttaten und 808 Propagandadelikte. Bis zum genannten Stichtag konnten den Angaben zufolge 756 Tatverdächtige ermittelt werden. 30 von ihnen seien vorläufig festgenommen worden. Wie es in der Vorlage weiter heißt, wurde kein Haftbefehl erlassen. Von den 1.597 Straftaten entfielen laut Antwort 1.021 auf die politisch rechts motivierte Kriminalität. Die Zahl der darunter befindlichen Gewalttaten wird mit 48 angegeben und die der Verletzten mit 56. Die Zahl der politisch links motivierten Straftaten beläuft sich den Angaben zufolge auf 365, von denen 69 Gewalttaten waren. In diesem Bereich wurden laut Regierung 43 Verletzte registriert. 43 Straftaten, darunter sieben Gewalttaten, wurden laut Vorlage der politisch motivierten Ausländerkriminalität zugeordnet; in diesem Bereich wurden zwei Verletzte verzeichnet. Die Zahl der sonstigen politisch motivierten Straftaten lag bei 168, von denen zwölf Gewalttaten waren, wie die Regierung weiter mitteilte. Hier wird die Zahl der Verletzten mit drei angegeben. Die

aufgeführten Zahlen geben der Vorlage zufolge die beim BKA mit Stand vom 28. Februar 2012 eingegangenen Meldungen der Länder wieder und können sich „aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen noch – teilweise erheblich – verändern“.

Quelle: hib Nr. 137, Fr, 16. März 2012

Linksfraktion thematisiert „Modellprojekte mit rechtsextremen Jugendlichen“

„Modellprojekte mit rechtsextremen Jugendlichen“ thematisiert die Fraktion Die Linke in einer Kleinen Anfrage ([17/8968](#)). Darin verweist die Fraktion darauf, dass im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ auch solche Projekte gefördert würden, „die die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ins Zentrum ihrer Arbeit stellen“. Ein Projekt führe die „Multilateral Academy gGmbH“ in Dortmund durch. Im Rahmen dieses Projekts sollten „rechte und nicht rechte Jugendliche darüber diskutieren, wie Dortmunds Zukunft aussehen“ soll. In der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigten Projektskizze, die schließlich zu einer Fördersumme von 300.000 Euro geführt habe, werde die „Teilnahme von Angehörigen der „Autonomen Nationalisten“ angestrebt, um eine direkte Konfrontation zwischen den unterschiedlichen Jugendlichen zu ermöglichen“.

In den Medien sei es nach Bekanntwerden dieser Konzeption zu Kritik an dem Projekt gekommen, „da so den gewaltbereiten Anhängern der „Autonomen Nationalisten“ eine Bühne für ihre Ansichten geliefert würde“. Inzwischen seien das Handlungskonzept durch den Träger modifiziert und die „Autonomen Nationalisten“ nicht mehr explizit als Zielgruppe benannt worden. Wissen wollen die Abgeordneten, ob die Bundesregierung „die Einbindung von Angehörigen der militanten „Autonomen Nationalisten“ in ein solches Projekt“ für sinnvoll hält. Auch erkundigen sie sich unter anderem danach, wie die Bundesregierung die Änderung des Handlungskonzeptes bewertet.

Quelle: hib Nr. 135, Do, 15. März 2012

SPD will Freiwilligendienst „Weltwärts“ ausbauen

Die SPD-Fraktion fordert eine Aufstockung der Mittel für den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst „Weltwärts“. Die Evaluierung des im Jahre 2007 vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingerichteten Dienstes falle positiv aus und spreche für eine Fortführung des Programms, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([17/8769](#)).

Trotz wachsender Nachfrage hätte die Bundesregierung zwischen 2010 und 2012 zu wenig Geld bereitgestellt, um interessierte junge Menschen zu entsenden. Die Sozialdemokraten fordern deshalb, unter anderem den Mittelansatz im Haushalt 2012 durch Umschichtungen zu erhöhen und 2013 auf 70 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken.

Quelle: hib Nr. 117, Mi, 7. März 2012

Informations- und Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus

Die SPD-Fraktion verlangt Auskunft über das von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) und Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) angekündigte Informations- und Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus. In ihrer Kleinen Anfrage ([17/8809](#)) will sie unter anderem wissen, wann das Zentrum seine Arbeit aufnehmen soll, welche Zielgruppen erreicht werden sollen und wie hoch die Kosten in diesem und den kommenden Haushaltsjahren ausfallen werden.

Quelle: hib Nr. 113, Mi, 7. März 2012

Den Wohlstand neu messen/ Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

Auch das ökonomische, soziale und ökologische Wohlergehen sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Nachhaltigkeit sollen künftig als Kennziffern verdeutlichen, wie es um die Lebensqualität einer Gesellschaft bestellt ist. Der Wohlstand soll nicht mehr allein über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messgröße für wirtschaftliches Wachstum ermittelt werden. Dieses Konzept stellte am Montag vor der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ Stefanie Vogelsang bei der Präsentation eines Zwischenberichts der Projektgruppe II vor, die unter der Leitung der CDU-Abgeordneten einen „ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator“ erarbeiten soll.

Den vollständigen Bericht finden Sie

unter: http://www.bundestag.de/presse/hib/2012_03/2012_108/01.html

Quelle: hib Nr. 108, Mo, 5. März 2012

70 Menschen im Dezember 2011 infolge politisch rechts motivierter Kriminalität verletzt

Im Dezember vergangenen Jahres sind in Deutschland 70 Menschen infolge politisch rechts motivierter Straftaten verletzt worden. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([17/8665](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/8438](#)) hervor. Danach wurden für Dezember 2011 nach vorläufigen Zahlen insgesamt 1.119 solcher Straftaten gemeldet, darunter 61 Gewalttaten. Die Zahl der ermittelten Tatverdächtigen beläuft sich den Angaben zufolge auf 503. Davon seien 462 männlich. Sieben Männer seien festgenommen worden. Haftbefehle wurden laut Vorlage nicht erlassen.

Quelle: hib Nr. 090, Do, 23. Februar 2012

Meldung aus dem Bundesinnenministerium

Kodex für soziale Netzwerke: Dialog verläuft konstruktiv

Im November 2011 gab Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich den Startschuss für die Entwicklung eines allgemeinen Kodex für soziale Netzwerke. Seitdem arbeiten die beteiligten Unternehmen Facebook Germany GmbH, Google Inc., LinkedIn Corporation, Lokalisten Media GmbH, StayFriends GmbH, VZ Netzwerke Ltd., wer-kennt-wen.de GmbH und XING AG unter der Federführung der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) gemeinsam an pragmatischen Regeln zum Schutz der Nutzer und Verbraucher in den Netzwerken.

Vollständiger

Artikel <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/03/kodex.html>

Mehr Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene

Die Europäische Bürgerinitiative schafft neue Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, sich verstärkt auf europäischer Ebene zu beteiligen. Es müssen mindestens eine Million Menschen aus sieben Mitgliedstaaten oder mehr ein bestimmtes Anliegen unterstützen. Sie können dann die EU-Kommission insbesondere auffordern, Vorschläge für konkrete Richtlinien und/oder Verordnungen zu erarbeiten. Will die EU-Kommission der Aufforderung nicht nachkommen, muss sie dies schriftlich begründen.

Vollständiger

Artikel [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/mitMarginalspalte/03/bu](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/mitMarginalspalte/03/bu%20ergerinitiative.html)
[ergerinitiative.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/mitMarginalspalte/03/bu%20ergerinitiative.html)

Mehr Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene

Die Europäische Bürgerinitiative schafft neue Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, sich verstärkt auf europäischer Ebene zu beteiligen. Es müssen mindestens eine Million Menschen aus sieben Mitgliedstaaten oder mehr ein bestimmtes Anliegen unterstützen. Sie können dann die EU-Kommission insbesondere auffordern, Vorschläge für konkrete Richtlinien und/oder Verordnungen zu erarbeiten. Will die EU-Kommission der Aufforderung nicht nachkommen, muss sie dies schriftlich begründen.

Vollständiger

Artikel <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/mitMarginalspalte/03/burgerinitiative.html>

[zur Übersicht](#)

8. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Alle Veranstaltungen und Termine finden Sie auch auf unserer Website www.bap-politischebildung.de unter „Veranstaltungen“. Dort erhalten Sie auch weiterführende Informationen und Links.

Anmelden und mitmachen: Bundeskongress Politische Bildung vom 21. – 23. Mai 2012 und Aktionstage Politische Bildung vom 5. – 23. Mai

Als zentrale Veranstaltung der Aktionstage Politische Bildung 2012 findet der Bundeskongress für Politische Bildung vom 21.-23.05.2012 in Berlin an verschiedenen Orten rund um die Friedrichstraße statt (*siehe auch Pkt. 4*). Der Bundeskongress widmet sich dem Thema „Partizipation“ und ist eine gemeinsame Veranstaltung der staatlichen und nicht-staatlichen Akteure der politischen Bildung in Deutschland. Die Veranstalter sind die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung und der Bundesausschuss Politische Bildung.

Traditionell finden auch in diesem Jahr die bundesweiten Aktionstage Politische Bildung statt. Als größte flächendeckende Veranstaltungsreihe bündeln die Aktionstage Politische Bildung bundesweit immer mehr Veranstaltungen: 2011 wurden bereits mehr als 550 Veranstaltungen von über 250 Veranstaltern unter dem ApB-Logo organisiert.

Infos zu den Aktionstagen unter: www.bpb.de/aktionstage. Eine eigene Website mit Veranstaltungsdatenbank wird Anfang April an den Start gehen: Unter www.aktionstage-politische-bildung.net finden sich alle Informationen.

Informationen zum Bundeskongress unter: www.bundeskongress-partizipation.de

bap-Fachtagung: „Streitfall Kompetenzen“ 28. März 2012 in Frankfurt am Main

Kompetenz – so scheint es – ist der Schlüsselbegriff der politischen, wissenschaftlichen und der bildungspolitischen Diskussionen. Was aber bedeutet das für die Politische Bildung? Wie kann der Diskurs um den Kompetenzbegriff in der Politischen Bildung geführt werden? Was hat die Kompetenzdebatte mit Bildung, Validierung und Wirkungen Politischer Bildung sowie dem Selbstverständnis der Profession Politische Bildung zu tun?

Diese Fragen diskutiert der bap auf der Fachtagung „Streitfall Kompetenzen“ am 28. März in Frankfurt am Main. Die Veranstaltung soll die aktuellen Diskussionen um Kompetenzen und Anerkennung non-formal erworbener Lernleistungen öffentlich machen und die Diskussion über Grenzen und Möglichkeiten der Politischen Bildung in diesem Zusammenhang anregen.

Link zu [Flyer und Programm](#)

Fachtagung: Familie 2020 — Verbraucherschutz und Medienkompetenz 27. und 28. März 2012 in Fulda

Die Fachtagung „Familie 2020: Verbraucherschutz und Medienkompetenz“ am 27. und 28. März 2012 in Fulda ist eine Kooperation des Bonifatiushauses mit der AKSB, der LPR Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien und dem MUK Hessen – Institut für Medienpädagogik und Kommunikation. Der Verbraucherschutz und das Konsumverhalten im Web 2.0 von Kindern und Jugendlichen sollen analysiert und kritisch betrachtet werden.

Experten des Web 2.0 und des Verbraucherschutzes werden dabei nicht nur das konsumorientierte Nutzungsverhalten von Kindern und Jugendlichen im Web 2.0 in den Blick nehmen, sondern auch Unternehmensstrategien sowie verbraucher- und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen beleuchten. Es sollen mit Praxisbeispielen Wege aufgezeigt werden, wie Familien in diesem Bereich Medienkompetenz erwerben und sich vor Risiken schützen können. Weiterhin soll es Anregungen für Familien geben, das Web 2.0 positiv für ihre Zwecke zu nutzen.

GeschichteN Bewegen

Weiterbildungsprojekt zur politisch-historischen Bildungsarbeit zwischen März und November 2012 in Berlin

Der Verein OWEN — Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V. veranstaltet in Berlin eine Weiterbildung unter dem Motto „GeschichteN Bewegen — Geschichte/n und Erinnerung/en in der Einwanderungsgesellschaft“. Zwischen sechs aufeinander aufbauenden Modulen von März bis November 2012 wird es Praxisphasen geben, in denen die Teilnehmenden biografische Interviews führen, Kontextmaterial recherchieren und Material für die Werkzeugkiste erstellen. Diese Praxisphasen werden von dem Kursteam beratend begleitet.

Die Weiterbildung richtet sich an MultiplikatorInnen und angehende MultiplikatorInnen, die sich für Fragen von Geschichte/n und Erinnerung und deren Relevanz für Gegenwart und Zukunft in einer globalisierten und hochdifferenzierten Gesellschaft interessieren. Der Umgang mit der Vielfalt erlebter, erinnelter und vermittelter Geschichte/n in unserer Einwanderungsgesellschaft steht dabei im Vordergrund. Anmeldeschluss ist der 6. März 2012.

Links zu: [Flyer](#), [Anmeldeformular](#), [Informationen und Termine](#)

DFJW-JugendBarCamp in Paris 14. – 17. April 2012

Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) lädt anlässlich der französischen Präsidentschaftswahlen junge Menschen aus Deutschland und Frankreich zu einem ein politischen Jugendevent „Jugend und Politik – Ich wähle, also bin ich“ nach Paris ein. Vom 14. bis 17. April 2012 können sich 100 junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren mit Twitter-Followern aus der ganzen Welt bei einem deutsch-französischen BarCamp über politisches Engagement diskutieren und der Frage nachgehen, ob Europa aus Wählersicht heute noch von Bedeutung ist. Das DFJW stellt einen Ort und die Infrastruktur für die Begegnung zur Verfügung. Die Teilnahmegebühr beträgt 30 Euro. Dafür übernimmt das DFJW die Reise- und Übernachtungskosten der Teilnehmer und die Verpflegung vor Ort. Die Diskussionssprache während der Veranstaltung ist Französisch, spontan vorgeschlagene Sessions in deutscher Sprache sind aber ebenfalls möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung über: www.dfjw.org/barcamp
Quelle: Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)

Denkt@g 2012: Hinsehen — Einmischen — Mitgestalten **Jugendwettbewerb gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus**

Auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ist der 27. Januar – der Jahrestag der Befreiung des NS-Vernichtungslagers Auschwitz – seit 1996 in Deutschland offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Ende 2005 hat auch die UN-Vollversammlung diesen Tag zum weltweiten Holocaust-Gedenktag bestimmt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung nimmt dies seit einigen Jahren zum Anlass für eine Reihe von bundesweiten Projekten im Umfeld des 27. Januars. In zahlreichen Bundesländern werden Zeitzeugengespräche und Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Ausstellungen durchgeführt. In dem bundesweiten Internetwettbewerb „DenkT@g“ unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert werden überdies junge Leute dazu aufgerufen, sich mit der Erinnerung an Shoa und NS-Diktatur, aber auch mit aktuellen Fragen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auseinanderzusetzen. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2012. Die Preisverleihung findet am 27. Januar 2013 in Berlin statt.

Link zu [weiteren Informationen](#)

Wettbewerb: Ideen für die Bildungsrepublik

Bereits zum zweiten Mal ruft die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ den bundesweiten Wettbewerb „Ideen für die Bildungsrepublik“ aus – gemeinsam mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Vodafone Stiftung Deutschland. Schirmherrin des Wettbewerbs ist Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Ausgezeichnet werden Projekte und Initiativen, die in vorbildlicher und nachhaltiger Weise mehr Bildungschancen für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Bewerbungsschluss ist der 2. April 2012
Infos unter www.land-der-ideen.de/de/bildungsideen/ideen-fuer-bildungsrepublik

Informationen, Publikationen und Projekte:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beruft Runden Tisch „Aufnahmegesellschaft“ ein Bap-Mitwirkung in Fachgruppe „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“

Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist eine gemeinsame Aufgabe von den Menschen, die zuwandern, und der Aufnahmegesellschaft selbst. In diesem Zusammenhang ist ein Runder Tisch eingerichtet worden, der bis Juni 2012 Handlungsempfehlungen zu zwei Themenfeldern entwickeln soll.

In der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ geht es um die Frage, wie es mit Hilfe der politischen Bildung gelingen kann, den Umgang mit Vielfalt in der Gesellschaft zu unterstützen. In der Arbeitsgruppe „Willkommenskultur“ wird das Ziel verfolgt, Maßnahmen zur ersten Orientierung und Integration so zu vernetzen, dass sie zur Etablierung einer Willkommenskultur beitragen.

Während der ersten Sitzung des Runden Tisches am 11. Januar 2012 konnte Barbara Menke in ihrer Rolle als Vorstandsmitglied des Bundesausschusses für Politische Bildung (bap) in der Fachgruppe „Interkulturelle Öffnung durch politische Bildung“ mitwirken und in einem einführenden Referat die Chancen der politischen Bildungsarbeit in diesem Kontext verdeutlichen. In weiteren Sitzungen werden zu den benannten Themenfeldern Handlungsempfehlungen entwickelt.

Afrika als Thema politischer Bildung Neue Ausgabe der adb-Zeitschrift „Außerschulische Bildung“

Wer Informationen über Afrika nur aus den Nachrichten bezieht, gerät leicht in Gefahr, diesen Kontinent auf ein paar zumeist deprimierende Ausschnitte afrikanischer Wirklichkeit zu reduzieren. Allzu leicht wird dabei übersehen, wie vielfältig Afrika ist, welche Potenziale es birgt, und welche Fortschritte die politische und ökonomische Entwicklung in einigen Regionen bereits gemacht hat

Die aktuelle Ausgabe der vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten herausgegebenen Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ soll dazu anregen, genauer hinzusehen und die Komplexität Afrikas wahrzunehmen, offen zu sein für Informationen und Eindrücke, vor allem solche, die den traditionell vermittelten Klischees über Afrika widersprechen. Das Heft berichtet nicht nur über die Afrikapolitik der Bundesregierung und die nach wie vor bestehenden Probleme bei der Durchsetzung von Menschenrechten und der Demokratisierung afrikanischer Staaten. Es stellt auch dar, welche Konzepte die (entwicklungs)politische Bildungsarbeit zum Thema Afrika erarbeitet hat und wie sie versucht, der sehr unterschiedlichen Situation der Menschen in Afrika gerecht zu werden.

„Außerschulische Bildung“ Nr. 4-11, 120 Seiten, zum Preis von 6 Euro pro Einzelheft oder im Abonnement (vier Hefte im Jahr für 16 Euro zzgl. Versand) zu beziehen bei der Geschäftsstelle des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, Ivonne Meißner, E-Mail meissner@adb.de oder über das [Online-Bestellformular](#).

Neue Agenda für Erwachsenenbildung Die Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB) stellt Agenda für Erwachsenenbildung vor

Die „Entschließung des Rates über eine erneuerte europäische Agenda für die Erwachsenenbildung“ betont die Rolle der Erwachsenenbildung bei der Bewältigung der herrschenden ökonomischen Krise sowie die Bedeutung der Erwachsenenbildung im Kontext der Strategie „Europa 2020“:

„Die Krise hat gezeigt, welche bedeutende Rolle die Erwachsenenbildung dabei spielen kann, die Ziele der Strategie „Europa 2020“ zu erreichen, indem sie Erwachsenen — insbesondere den gering qualifizierten und älteren Arbeitnehmern — ermöglicht, ihre Fähigkeit zu verbessern, sich den Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft anzupassen. Erwachsenenbildung bietet Personen, die von Arbeitslosigkeit, Umstrukturierungen und beruflichen Übergängen betroffen sind, Möglichkeiten zur Höherqualifizierung und zur Umschulung; zugleich leistet sie einen wichtigen Beitrag zur sozialen Eingliederung, zum aktiven Bürgersinn und zur persönlichen Entwicklung.“

Vollständiger Wortlaut (Link): [Amtsblatt der Europäischen Union vom 20.12.2011](#)

female PROFESSIONALS erhält den Weiterbildungs-Innovations-Preis 2012 ARBEIT UND LEBEN-Projekt vom BIBB ausgezeichnet

Im Rahmen der Bildungsmesse didacta ist das Projekt „female PROFESSIONALS – Frauenpotenziale in Betrieben nutzen“ heute als Preisträger im Wettbewerb um den Weiterbildungs-Innovations-Preis 2012 (WIP) ausgezeichnet worden. Projektträger ist der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V.

Seit über 10 Jahren verleiht das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) den Preis an besonders innovative und zukunftsweisende Konzepte. In diesem Jahr steht das Wettbewerbsthema unter dem Zeichen „Weiterbildung für Ältere im Betrieb“. Ziel des Projektes female PROFESSIONALS ist es, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei der Analyse, Förderung und Nutzung der Potenziale und Kompetenzen ihrer erfahrenen Mitarbeiterinnen zu unterstützen. Zusätzlich soll das eigene Kompetenzbewusstsein der Frauen um 50 Jahre gestärkt werden.

Um dies zu erreichen, werden die beiden im Projekt entwickelten Instrumente „FrauenPotenzial-Check“ und „FrauenKomPass“ in den Unternehmen eingesetzt, mit denen die aktuelle Situation und die Entwicklungsmöglichkeiten der Frauen im Betrieb erhoben und ihre Kompetenzen festgehalten werden. Darauf aufbauend werden passgenaue und verbindliche Personalentwicklungs- und Weiterbildungskonzepte vereinbart.

Weitere Informationen unter www.female-professionals.de

KAS-Studien: Linksextremismus in Deutschland

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht die Ergebnisse der Studie „Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche“ von Viola Neu. Die explorative Studie untersuchte unter anderem, welche Einstellungsstrukturen bei Jugendlichen vorhanden sind, an die Extremisten anknüpfen können, um sie zu mobilisieren. Die Ergebnisse sollen auch in die politische Bildungsarbeit einfließen.

Link zur Studie: <http://www.kas.de/wf/de/33.30042/>

Muslimische Kinder und Jugendliche

Die Konrad Adenauer Stiftung hat eine Publikation zu Lebenswelten muslimischer Jugendlicher in Deutschland unter dem Titel "Muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland. Lebenswelten - Denkmuster - Herausforderungen" herausgegeben. Die Autoren Aladin El-Mafaalani und Ahmet Toprak beschreiben Kindheit und Jugend in traditionell-muslimischen Milieus und erläutern, wie es zu irritierenden, befremdlichen oder sozial unerwünschtem Verhalten der jungen Menschen kommt.

Link zur Studie: <http://www.kas.de/wf/de/33.28612/>

Analysiert: Politisches Verhalten & bürgerschaftliches Engagement 18- bis 29-Jähriger in den USA vor den Wahlen 2012

Die vom Tufts University's Center for Information & Research on Civic Learning and Engagement (CIRCLE) im November 2011 herausgegebene Publikation Understanding A Diverse Generation. Youth Civic Engagement in the United States analysiert im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 das politische Verhalten und bürgerschaftliche Engagement junger Wähler/-innen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren. Zu diesem Zweck vergleicht die Studie US-Zensus-Daten zum bürgerschaftlichen Engagement junger US-Amerikaner/-innen in den Wahljahren 2008 und 2010 und verdeutlicht: 75 Prozent der 18- bis 29-Jährigen waren in sehr verschiedenartiger Weise engagiert. Die Ergebnisse zeigen, wie groß die Bereitschaft bei der amerikanischen Jugend ist, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen und setzen damit ein starkes Zeichen für die gezielte Förderung und aktive Unterstützung von Engagement und Partizipation.

Die Publikation (pdf, 1,94 MB, 39 Seiten) kann heruntergeladen werden unter: http://www.civicyouth.org/wp-content/uploads/2011/11/CIRCLE_cluster_report2010.pdf (Quelle: ijab.de)

[zur Übersicht](#)

9. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an service@bap-politischebildung.de

10. REDAKTION

Bundesausschuss Politische Bildung

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: presse@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.